

Verlagsbedingungen und Einzelnummernpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Mittwoch

9. Dezember 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Reichstag und Beamtennot.

Befoldungsdebatte im Haushaltsauschuß.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Haushaltsauschusses wird den Abgeordneten das von ihnen verlangte Material in Form einer Denkschrift von 33 Schreibmaschinenseiten überreicht. Es war natürlich unmöglich, hierzu in der gegenwärtigen Sitzung Stellung zu nehmen.

Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium gab deshalb einen kurzen Überblick über die Finanzlage und erwähnte, daß durch wissenschaftliche Statistiker festgestellt sei, die Reichsverwaltung arbeite nicht besser wie vor dem Kriege.

Gegenüber dem Abg. Veltch (Bayer. Sp.), der eine Besprechung der Denkschrift für unmöglich erklärte und die Vertagung wünschte, erklärte Abg. Müller-Franken (Soz.), daß er für die Beratung sei. Man könne den Parteien, die bereits heute Stellung nehmen wollen, die Gelegenheit hierzu nicht versagen. Diejenigen Parteien, welche die Denkschrift zunächst prüfen wollen, müßten dann in einer weiteren Sitzung sprechen. Wenn für die Beamten etwas geschehen soll, was unbedingt erforderlich sei, so sei dies im gegenwärtigen Augenblick nur durch eine Verständigung der Parteien möglich. Es gäbe keine Mittel, die geschäftsführende Regierung irgendwie zu zwingen. Mit kommunistischen Phrasen würden die Beamten nicht satt gemacht werden. Er habe das Vertrauen zu den Beamten, daß diese Verständnis für die Verhandlungen haben werden.

Abg. Dr. Quast (Dnat.) wünscht die nächste Sitzung morgen abzuhalten und fragt die Regierung, ob sie in dem vorliegenden Material ihren ablehnenden Standpunkt dokumentieren will.

Er wünscht, daß die Regierung ihre Absichten hinsichtlich der Beamten, die bestimmt bestanden haben, endlich bekanntgabe.

Staatssekretär Fischer vom Reichsfinanzministerium erklärt, daß er bestimmte Angaben nicht machen könne, fest stehe nur, daß morgen der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags sich über die Maßnahmen zugunsten der Erwerbslosen schlüssig werden will. Diese Beschlüsse müssen abgewartet werden.

Abg. Neubauer (Komm.) beantragt, daß eine Delegation von Berliner Postbeamten, die sich im Hause aufhalte, sofort vom Ausschuss gehört werde. Dr. Cremer (DSp.) tritt für Verständigung in der Beamtenfrage ein und wünscht über die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen für die Erwerbslosen unterrichtet zu werden.

Dr. Herz (Soz.) ersucht die Regierung, das vorgelegte Material dahin zu vervollständigen, daß möglichst schnell eine Uebersicht über die Summen der gestundeten und rückständigen Steuern vorgelegt werde. Er wünscht zu wissen, in welchem Maße diese Steuern einkommen werden, so daß sie für das nächste Etatsjahr als Einnahme betrachtet werden könnten.

Der Antrag Herz auf Vorlegung dieser Uebersicht wird einstimmig angenommen. Der kommunistische Antrag auf Anhörung einer Beamtendelegation wird abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der Antrag auf Vertagung der Sitzung bis zum 11. Dezember. Die Sitzung dauert fort. Es spricht Abg. Bender (Soz.) zur Sache.

Abschied von England.

Zum Abmarsch der Engländer aus Köln.

Von Wilhelm Sollmann.

Genau sieben Jahre war Köln britisch besetzt. Nun werden die blauroten Flaggen niedergeholt. Der Dudelsack verstummt. Die karierten Röcke der Schotten verschwinden aus dem Straßenbild. Nur der kölnische Witz wird noch lange an sie denken. Keine britischen Paraden mehr vor dem Dom zu Köln. Wenige Wochen noch, und die letzten britischen Posten werden eingezogen, diese Posten, die wie Marionetten präsentierten und liegen und immer genau nach soundsoviel Schritten kehrt machen, als würden sie von einem Uhrwerk getrieben.

Die Briten marschieren um ein Jahr zu spät. Nichts macht uns den Abschied von ihnen schwer. Verwünschungen aber wird in Köln niemand hinter ihnen herfschicken. Das „Gott strafe England!“ ist vergessen. Oft genug haben in diesen sieben Jahren die Kölner das britische Besatzungsheer als einen Schutz gegen die Zugriffe der französischen Imperialisten empfunden. Wägen die britischen Soldaten immerhin nur britischer Politik gehorcht haben, die Auswirkungen kamen doch dem Widerstand der Rheinländer gegen Hoch und Clemenceau und Poincaré zugute.

Am einem Dezembernachmittag des Jahres 1918 stand im Regen und Sturm die letzte feldgraue Kompagnie an der Brücke zu Köln. Müde und hungrig in verchlissenen Uniformen ging das letzte Fähnlein der gewaltigen Heere über den Rhein zurück, die in den Augusttagen 1914 mit Millionen Männern im Rausch der Kriegslieder und im Hochgefühl ungeheurer Kraft nach Westen gestürmt waren. Von nun an war nichts im Rheinlande machtvoller als das Reich. Sein Schutz lag sieben Jahre lang in den Händen der schwarzen Ultramontanen und der roten Internationalen. Wenn man den Schwarz-Weiß-Roten glauben darf, sind die Römlinge und die Margisten echt völkischem Wesen fremd, aber die Gedächtnen bringen nun ihrem Volke ein Reichskleinod gerettet zurück: das alte deutsche Köln.

Seien wir gegen die Besatzung gerechter, als unsere eigenen Volksgenossen gegen uns. Die Gerechtigkeit zwingt zu der Feststellung, daß sich im Verhältnis der Kölner zu den Briten viel geändert hat, seit die ersten khaki-braunen Soldaten, hinter die Schutzschilde der Panzerautos geduckt, auf jener alten römischen Straße einrückten, die den Marschschritt der Heere von Varus bis Napoleon erlebt hat. Daß die britische Besatzung, abgesehen von den unermesslichen Quartierlasten und den die Reichsfinanzen schädigenden hohen Unterhaltskosten, nirgendwo in Köln als eine sonderliche Einengung der Freiheit empfunden wurde, ist der klugen politischen Psychologie des britischen Heeres und der britischen Diplomatie zu danken. Niemals gab es in Köln auch nur vorübergehend zwischen Besatzung und Bevölkerung die gereizte Stimmung, die in den französisch besetzten Gebieten lange Jahre eine tiefgehende Vergiftung bewirkt hat. Ein Rückblick auf die britische Besatzung läßt beinahe glauben, daß jenes Auspeitschen der nationalistischen Instinkte auch dann im britisch besetzten Gebiete nicht eingetreten wäre, wenn die britische Politik, wie die französische es 5 1/2 Jahre lang versucht hat, bemüht gewesen wäre, das linke Rheinland aus dem deutschen Staats- und Wirtschaftsverbände zu lösen.

Man spürte stets, auch bei den Militärs, die Geschichte hand des Politikers, am meisten vielleicht in der Behandlung der Presse. Während des Krieges haben die preussischen Gouverneure unser Kölner Parteiblatt, das jeden Tag den Standpunkt der Landesverteidigung mit Entschiedenheit vertrat, wohl ein Dutzendmal verboten — und in welchem Tone und mit welcher kindisch-albernen Begründungen! Unser Redaktionsarchiv ist von den Briten durch solche Dokumente politischer Beschränktheit nicht bereichert worden. Die ganz vereinzelt Repressalien, die wir zu erdulden hatten, gingen auf französischen Einfluß von der Rheinlandkommission aus, und wenn die Briten ihnen staigaben, mußten der Besatzung und den Nachhabern in Paris schon ganz gehörige Grobheiten in bewußt verletzender Form gesagt worden sein. Sonst galt für die britische Behörde der Grundsatz: mit der Schriftleitung in zivilisierten Gesprächen zu verhandeln, die Redakteure zu bitten, sich zu überzeugen, aus diesen und jenen Gründen gewisse Angriffe zu unterlassen oder nicht fortzusetzen. Schwierig ist je ein Redakteur von den britischen Delegierten in Groß geschieden, meist in dem Gefühl, sich mit klugen Männern ausgezeichnet unterhalten zu haben.

Das Vereins- und Versammlungswesen war nach den ersten Schwierigkeiten fast unbehindert, die Ueberwachung kaum zu spüren. Nur eine Organisation wurde merkwürdigerweise arg beengt: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bis zu dieser Stunde darf es sich in Uniform auf den Straßen Kölns nicht zeigen. Das Verbot gilt aber ebenso für die kommunistischen und die völkischen Frontkämpferorganisationen.

Mustergültig war das Verhalten der britischen Soldaten zu den Zivilisten. Obwohl viele Kommis alles andere denn ostinent sind, waren Belästigungen der Zivilisten sehr selten. Das Verhältnis gegenüber den Frauen war ritterlich, wenn auch nach und nach der Mangel an Galanterie, den viele Deutsche zeigen, nicht ohne Einfluß auf die britischen Soldaten blieb. Die Tatsache, daß das britische Militär außerhalb des Dienstes waffenlos ist und weber Mann noch Offizier entfernt auf den Gedanken kommen, sich als etwas Besonderes oder gar als Vorgesetzte der Zivilisten zu fühlen, trug entscheidend zu den angenehmen Beziehungen bei, die sich mehr und mehr zwischen Bevölkerung und fremden Truppen entwickelten.

Loucheurs Pferdekur.

Gewaltige Erhöhung aller Abgaben, Tarife und Steuern.

Paris, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der erste Teil des Loucheurschen Finanzprogramms liegt nun vor. Er fordert 5,6 Milliarden Recheinnahmen zum Ausgleich des Budgets und 2,25 Milliarden für die Amortisationskasse. 2,6 Milliarden sollen, wie bereits gemeldet, aus der Erhöhung der indirekten Abgaben gewonnen werden, davon 500 Millionen aus Zolat, 600 Millionen aus der Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, 50 Millionen aus der Erhöhung der Automobilsteuer, 500 Millionen aus den Zuschlägen auf die Abgaben von Alkohol und 1 Milliarde aus der Erhöhung der Stempel-, Register- und Börsensteuer, sowie aus der Ausdehnung der Umsatzsteuer auf den Export. Die Erhöhung der verschiedenen Einkommensteuern soll rund 3 Milliarden einbringen. Vorgeschlagen wird u. a. eine Erhöhung der Cedulasteuer auf das Einkommen aus bebauten und unbebauten Grundstücken, sowie aus mobilem Kapitalvermögen von 12 auf 20 Prozent, für den Gewinn aus Handels- und Industrieunternehmungen von 9,6 auf 12 Prozent, für Einkommen aus landwirtschaftlichem Betriebsgewinn, sowie aus Gehältern, Löhnen und den Einkommen aus freien Berufen von 7,2 auf 10 Prozent. Für das Einkommen aus ausländischen Effekten wird die Steuer von 18 auf 28 Prozent hinaufgesetzt. Um der Amortisationskasse schon jetzt, d. h. bis zum Eingang der neuen Steuern, die nötigen Betriebsmittel zu beschaffen, wird sie zur Ausgabe einer Lotterie ermächtigt. Die Kasse soll spätestens am 1. Januar 1926, oder gegebenenfalls schon früher, zu bestehen aufhören, falls bis dahin die Höhe der Staatsschulden soweit reduziert ist, daß ihre Verzinsung aus den Mitteln des ordentlichen Budgets bestritten werden kann.

Nur noch sechs Monate Dienstzeit in Belgien?

Ein Antrag der Sozialisten.

Brüssel, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Kammerfraktion brachte am Dienstag den angekündigten Gesetzentwurf für die Herabsetzung der Dienstzeit in Etappen bis zu 6 Monaten im Jahre 1926 ein. Ein Teil der Christlich-Demokraten unterstützte den Gesetzentwurf, während ein anderer Teil nur bis zu einer Dienstzeit von 8 Monaten herabgehen will.

Regierungskrise in Memelland.

Litauen verhöhnt die Demokratie.

Memel, 9. Dezember. (Mit.) In der 7. Sitzung des memelländischen Landtages gab Landtagspräsident Kraus eine Erklärung ab, die sich mit der Bildung des Landesdirektoriums beschäftigte. Er erklärte: Nach parlamentarischen Gesetzen ist es ausgeschlossen, daß der Landtag Herrn Juzupait als Präsident des Direktoriums anerkennen wird, da er ihm bereits das Mißtrauen ausgesprochen hat. Außerdem hat ja auch Juzupait das Amt gar nicht angetreten, sondern Herrn Borchert weiter die Geschäftsführung überlassen. Der Landtag verlangt weiter nichts als die Achtung der im Memelstatut ausgesprochenen Grundsätze der Demokratie. Dazu gehört in erster Linie, daß der Gouverneur zum Präsidenten des Landesdirektoriums keinen Mann ernannt, zu dem der Landtag kein Mißtrauen haben kann. Wir haben verlangt, daß man davon Abstand nimmt, einen ausgesprochenen Vertreter der winzigen Minderheitsgruppen zum Präsidenten zu bestellen. Wir sind mit einer neutralen Persönlichkeit, wenn sie nur die nötige Befähigung und die moralische Qualität besitzt, einverstanden.

Thüringer Ordnungs-Durcheinander.

Völkischer Mißbilligungsantrag im Landtag angenommen

Weimar, 9. Dezember. (MVB.) In der heutigen Landtags-sitzung wurde nach der Debatte über die Locarno-Verträge ein Mißtrauensantrag der Demokraten mit 39 gegen 20 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ein Mißtrauensantrag Marschler (Nationalsozialist) ethlich nach Streichung des Wortes „schärfste“ vor „Mißbilligung“ 36 Stimmen, darunter solche der Regierungsparteien. Dagegen stimmten 12 Abgeordnete, darunter auch solche der Deutschen Volkspartei. Der Stimme enthielten sich 22 Abgeordnete, darunter die Sozialdemokraten.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die Sitzung solange zu vertagen, bis die Regierung in dem Landtag erschienen sei, wurde mit 33 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Eine zweite Abstimmung ergab das gleiche Resultat. Als schließlich der Minister des Innern Dr. Sallier erschien, rief die Linke im Takt: „Lieber, lieber!“

Mißbilligung, nicht Mißtrauen.

Weimar, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem Antrag der Völkischen, der mit 36 Stimmen gegen 12 Stimmen bei 22 Enthaltungen angenommen wurde, handelte es sich um einen Mißbilligungsantrag, nicht um einen verfassungsmäßigen Mißtrauensantrag. Die Annahme dieses Mißbilligungsantrages hat keinerlei verfassungsrechtliche Folgen. Die Regierung ist nicht gezwungen, zurückzutreten. Die Verhandlungen der Regierungsparteien untereinander gehen weiter. Die Deutschnationalen erklären, daß sie sich weitere Schritte vorbehalten, wenn die Regierung nicht noch weiter nach rechts orientiert wird.

Für den Mißbilligungsantrag stimmten außer der Rechten die Kommunisten, dagegen die Deutsche Volkspartei. Der Stimme enthielten sich Sozialdemokraten und Demokraten.

Die Abstimmung über den Vertagungsantrag der Sozialdemokraten mußte fünfmal wiederholt werden, da die Rechte sich nicht über ihre Stellung klar werden konnte.

Wirth in Freiburg.

Für den deutschen Volksstaat.

Freiburg, 9. Dezember. (MVB.) Reichszankler a. D. Dr. Wirth sprach gestern abend auf Einladung der Zentrumspartei in seiner Heimatstadt Freiburg über die politische Lage der Gegenwart. Eine ungeheure Bewegung gehe jetzt durch die notleidenden Schichten in Stadt und Land. Diese Not sei für eine Einstellung zu den Fragen der Gegenwart allein maßgebend. Die Gründung einer weiteren neuen Partei sei zwecklos. Er wolle in den Parteien, die zur Verfassung von Weimar stehen, Männer und Frauen politisch so orientieren, daß sie sich für dieses Werk einsehen und lediglich dem deutschen Volksstaate dienen.

Ueber das Reichsbanner sagte der Redner: Wenn auch im Augenblick die deutsche Republik vor Putschgefahren sicher sei, so verdanke sie nur dem Vorhandensein von Millionen deutscher Männer ihre Existenz.

Zur Außenpolitik erklärte Dr. Wirth: Jetzt sei die Stunde gekommen, wo wir uns im Völkerbund orientieren müßten. Ein Programm müsse man aufstellen und Punkt für Punkt im Laufe der Jahre erledigen. Alle Kritik am Werk von Locarno hält Dr. Wirth jetzt für unnütz. Wer die Politik nicht gemollt habe, der hätte sie früher verlassen müssen. Bei der Regierungsbildung soll nach Wirths Meinung die soziale Not die maßgebende Richtlinie sein, hinter der alle Nebenbischlichkeiten zurücktreten müßten.

Umbildung des belgischen Kabinetts. Der Rücktritt des Justizministers Lichon wird heute früh im „Journal officiel“ bekanntgegeben. Die Umbildung des Kabinetts erfolgt derart, daß Poulet das Justizministerium übernimmt, während de Meleckerle sein Nachfolger im Wirtschaftsministerium sein wird.

Dabei blieben die Briten in den Ansprüchen, die sie glaubten machen zu können, bestimmt und fest. Die Kölner Stadtwahlmänner und wohl auch andere Behörden, denen die unerquickliche Aufgabe zufiel, die Forderungen der Truppen zu erfüllen, hatten in diesen sieben Jahren sicher manche unangenehme Stunde. Auch sie aber werden trotzdem die Briten noch für das kleinste der Befehlsüber gehalten haben.

Als im Jahre 1873 die letzten deutschen Truppen den französischen Boden räumten, schrieben der französische Staatsmann Thiers und der preussische General Manteuffel sich gegenseitig Liebenswürdigkeiten. Der Franzose sollte dem deutschen Befehlssystem freimütig Dank, so erleichtert er auch mit seinem Volk aufatmete, als endlich die letzten Pickelhäuben verschwand. Leider ist der Tag noch nicht da, an dem die letzten Befehlshaber des Rheinlands räumen müssen. Werden, wenn der Tag kommt, auch ein deutscher Reichsfeldherr und ein französischer General freundliche Worte wechseln können? Vielleicht, wenn allermächtig die Befehlsüber so klug und rücksichtsvoll gehandhabt wird, wie durch die Briten in Köln.

Kölns Räumung.

Ende Dezember beendet.

Köln, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Räumung Kölns erzählt der Kölner Vertreter des „Vorwärts“ soeben noch folgende Einzelheiten: Sämtliche britischen Truppen werden bis Weihnachten die erste besetzte Zone verlassen haben. Nur noch eine Eskadron englischer Königsdragoner bleibt in Köln zurück, um am 10. Januar der offiziellen Einziehung der englischen Fahne am Hotel Czajkoff beizumohnen. Bis zum 27. Dezember werden sämtliche Privatwohnungen, die von den Engländern bisher besetzt waren, geräumt werden. Bis zum 31. Dezember sind sämtliche öffentlichen Gebäude, die bisher von den Engländern besetzt waren, wieder in den Händen der deutschen Behörden. Die deutschen Telegraphenstationen, etwa 20, die in Köln bisher im englischen Dienst tätig waren, gehen freiwillig mit nach Wiesbaden, um dort weiter im englischen Dienst tätig zu sein.

Das Urteil im Dolchstoßprozess.

3000 Mark Geldstrafe. — Die bayerische Justiz will die Dolchstoßklage retten.

München, 8. Dezember 1925. (BdS.)

Im Münchener Dolchstoß-Prozess wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Der Angeklagte Gruber wird wegen vorgerichteten Vergehens, Tris der Beleidigung, Tris der üblen Nachrede, zu einer Geldstrafe von 3000 Reichsmark erst. dreißig Tagen Gefängnis und der dem Kläger erwachsenden notwendigen Auslagen sowie zur Tragung sämtlicher Prozesskosten verurteilt. Ferner wird dem Beklagten die Publikation des Urteils in der „Münchener Post“ und dem „Vorwärts“ auferlegt.

Die Begründung des Urteils führt u. a. aus: Die Wendungen in dem den Gegenstand der Klage bildenden Artikel sind, wie ihr beschimpfender und höhender Wortlaut ergibt, die Rüge der Beleidigung und der üblen Nachrede. Der Angeklagte war sich unbestritten bewußt, daß die Ausfertigungen den Eindruck der Mißachtung hervorzurufen geeignet sind. Die gebrauchten Wendungen von einer Geschichtsfälschung, journalistischer Fälschung u. dgl. enthalten zugleich die Behauptung der Tatsache, der Privatkläger habe mit der Herausgabe der beiden Hefte die Geschichte gefälscht. Die Behauptung der Geschichtsfälschung ist nach der mit Billigung des Angeklagten in der Hauptverhandlung abgegebenen Erklärung des Verteidigers nicht etwa bloß die Behauptung einer unrichtigen Darstellung eines historischen Verlaufes, sondern vielmehr die Behauptung der bewußten unrichtigen Darstellung eines Geschichtsverlaufes, also die Behauptung der Tatsache bewußter Geschichtsfälschung. Diese Tatsache wäre geeignet, den Privatkläger verächtlich zu machen und ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Das Gericht hält den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung

als nicht erbracht. Es macht sich fast alle Behauptungen des Admirals und Generalstabes zu eigen, die als Zeugen ihre politischen Agitationsreden wiederholt hatten. Es „stellt fest“, daß besonders im letzten Kriegsjahr eine systematische Unterwühlung der Front, wenn auch nicht von der Sozialdemokratie, so doch von der MSP. und den „weiter links stehenden Gruppen“ stattgefunden habe.

Dann heißt es weiter: Der Inhalt der Hefte 7 und 8 geht teilweise über diese Feststellungen hinaus. Es finden sich in den Hefen verschiedentlich Verallgemeinerungen, die nicht gerechtfertigt sind. Der Privatkläger hat in der Hauptverhandlung ausdrücklich erklärt, er habe Vorwürfe gegen Angehörige der MSP. nicht erheben wollen. Dies hätte in den Hefen deutlicher zum Ausdruck kommen müssen. Die Darstellung in den Hefen ist teilweise irrig und unrichtig. Irrtümer und Unrichtigkeiten finden sich auch in anderen geschichtlichen Darstellungen. Auch die zurzeit in großer Anzahl erscheinenden Erinnerungen und Denkwürdigkeiten einzelner, an den Ereignissen besonders beteiligter Persönlichkeiten sind teilweise nicht ganz frei hiervon. Die geschichtlichen Ereignisse des Weltkrieges liegen noch viel zu kurz zurück, als daß jetzt schon alles zu ihrer Erforschung und einigermaßen sicheren Feststellung nötige Material zugänglich wäre. Die Archive der Feinde sind noch nicht alle geöffnet. Die Mängel der beiden Hefte können aber noch lange nicht, was der Angeklagte will, als bewußt falsche Darstellung bezeichnet werden. Die beiden Hefte sind nicht eine erschöpfende Darstellung der Ursachen des Zusammenbruches; sie sollen es auch nicht sein. Es ist deshalb unzulässig, aus dem Umstand, daß Tatsachen, die auch als Ursachen des Zusammenbruches gewertet werden müssen, in den Hefen nicht erwähnt oder nur „beiseite erwähnt“ sind, den Schluss zu ziehen, der Privatkläger habe bewußt die Geschichte gefälscht. Es ist bei der gegebenen Tendenz eines sorgfältigen Bergehens, teils der Beleidigung, teils der üblen Nachrede, der Privatkläger schuldig zu sprechen.

Der Angeklagte will mit der Aufnahme der Artikel nur berechnete Interessen wahrgenommen haben. Er bezieht den von ihm behaupteten Vorwurf mit Rücksicht auf sein Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei auch auf sich. Er hat deshalb insofern mit Aufnahme der Artikel berechnete Interessen gewahrt. Aus der Form der Ausfertigungen, der geschäftigen und häßlichen Ausdrucksweise und der starken Häufung reiner Beschimpfungsworte geht aber die Absicht und das Vorhandensein einer Beleidigung unmissverständlich hervor. Diese Ausfertigungen bleiben deshalb strafbar. Sie bleiben es infolge der Form auch dann, wenn sie als ein tadelndes Urteil über eine wissenschaftliche Leistung des Privatklägers angesehen werden sollen.

Die beleidigenden Wendungen sind ausgesprochen geschäftig und überlegt. Der Beklagte hat ihre außergewöhnlich sehr verletzende Wirkung durch den am ersten Tage der Hauptverhandlung verlesenen Text, am folgenden Verhandlungstage allerdings wesentlich abgeschwächten unbegründeten Vorwurf der Bestechlichkeit des Privatklägers zu verklären sich nicht geschaut. Die Beleidigung ist infolge mehr oder minder vollständigen Abdruckes des Artikels in anderen Zeitungen in besonders weite Kreise gedrungen. Der Beklagte konnte mit der ausgebreiteten Weiterverbreitung rechnen und hat sicherlich damit gerechnet. Alles das ist strafschwerend. Die beleidigenden Ausführungen sind gebraucht worden während des Wahlkampfes und bei der Abwehr von als schweren Vorwurf empfundenen Ausführungen. Das ist strafmindernd. Es berechnete allein dazu, von der angesichts der außerordentlichen Schwere der Ehrenkränkung an sich gebotenen Verhängung einer Freiheitsstrafe Abstand zu nehmen. Unter Berücksichtigung der nicht besonders günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Beklagten ist deshalb eine Geldstrafe von 3000 Reichsmark angemessen. Die Geldstrafe ist für den Fall der Unzureichlichkeit in eine Gefängnisstrafe von 30 Tagen umzuwandeln. Da er zur Strafe verurteilt ist, hat der Beklagte auch die Kosten des Verfahrens zu tragen und die dem Privatkläger erwachsenden notwendigen Auslagen zu erstatten. Die Beleidigung ist in einer Zeitung öffentlich begangen. Dem Privatkläger ist deshalb die Befugnis zugelassen, die Verurteilung des Beklagten auf seine Kosten öffentlich bekanntzumachen.

ganz Paris und natürlich auch die Provinz in ein sehr artiges Frauenkloster umbauen und jedes Geflüste habe zu verschwinden. Natürlich wird den jungen Damen vom Schlage der eben gezeichneten Nanan gar kein Raum in dieser moralisch geführten Welt eingeräumt. Was ein Komödientreiber für ein so süßes Persönchen doch bloß zu fordern, so muß er bekennen, daß in dieser Dame die hübsche Magdalena der Amie herrlich wiederauferstand. Frankreich, das von Staatswegen den lieben Gott abhoffte, hat ihn auf phyliströsen Umwegen wieder zurückgebracht. So kommt es, daß all die neuen Komödien ein Gemisch sind von guter, altertümlicher Gemeinheit und neuerlicher verpörrter Gortienlaubemoral. Und die Deutschen sind sehr stolz darauf, wenigstens die spekulativen Theaterdirektoren, daß sie auch diese Bonbons in ihrem Vaterland einführen. Leider sind die Leute, die bei uns so beglückt werden sollen, noch etwas unerzogen, darum auch undankbar, und meinen, daß das ganze Zeug durchaus fade ist. Ray Hochocki.

„Maria Magdalena“ als Familiendrama. Für seine „Maria Magdalena“ hatte sich Friedrich Hebbel den Stoff aus enger bürgerlicher Anschauungswelt gewählt. Reicher Anions Lebensführung ist bestimmt durch die ängstliche Sorge um den guten Ruf. Nichts erscheint ihm fürchtbarer als die Anstalt, die Mitmenschen könnten mit Fingern auf ihn zeigen. Sein Starrsinn und seine engherzige Kleinlichkeit fordern Opfer. Er bringt Unglück über sich und seine Familie. Hebbel hat nicht ein bürgerliches Milieustück schreiben wollen, sein Streben geht weiter. Er verfolgt in seinem dramatischen Schaffen einen bestimmten Gedanken, den man als entwicklungs-geschichtliche Tragik bezeichnen hat. Die einzelnen Menschen sind die Werkzeuge einer höheren Macht, die zu Grunde gehen, wenn sie an der Weltentwicklung eine entscheidende weiterführende Leistung vollbracht haben. Für den Kampf zwischen dem Glauben und heute, für den Zusammenstoß der Anschauungen zweier Weltalter, braucht man nicht die großen Persönlichkeiten aus der Weltgeschichte heranzuziehen. Auch ein bürgerliches Trauerspiel aus der Gegenwart kann den ewigen Kampf zwischen der erledigten Vergangenheit und dem Anbruch einer neuen Zeit erschütternd gestalten.

Nichts von diesen großen Gedanken kam in der gestrigen Aufführung im Renaissance-Theater zum Ausdruck. Der Direktor Theodor Lagger, der selbst Regie führte, sah Hebbels Drama als ruhendes Familiendrama auf. Die Vorstellung war ganz auf lächelnde Weineslichkeit gestellt. Durch diese Auffassung nahm der Regisseur dem Drama Hebbels jeden Einfluß auf unser Inneres. Die Allgemeinheit ging verloren. Die ganze Sache ging aus nichts mehr an. Dazu kam ein völliges Verlangen der schauspielerischen Kräfte. Die Maria der Helene Weigel hatte nichts Mädchenhaftes an sich. Sie war sogar nicht einmal mehr Bühlerin, sondern erschien fast als Bekanntschaft, deren estafette Verweilungsansprüche in Hebbels Drama noch zu der larmoyanten Form in Theodor Lagers Auffassung passten. So, wie sie sich gab, war es nicht glaubhaft, daß sie einen Mann zu einem Zweikampf mit seinem Nebenbuhler hätte reizen können. Die Leistungen Walter Friedls (Meister Anton) und Wolf Günthers sind nicht diskrutabel. Nur Grete Berger und Ota Bach blieben auf der Linie menschlich-moralischer Gestaltung. Dgr.

Hermann Schubert.

Soeben erhalten wir die Nachricht, daß gestern der Genosse Hermann Schubert gestorben ist. Schubert hat über 40 Jahre der Partei angehört und ihr ein Leben von Arbeit und Hingabe gewidmet. Jahrelang war er in dem Wahlkreis Calau-Ludow Kandidat der Partei für die Reichstagswahlen. In den ersten Zeiten des „Vorwärts“ war er mit Singer und Bebel zusammen Firmenträger der Verlagsfirma. Er hatte viele Jahre der Berliner Stadiverordnetenversammlung unter dem Dreiklassenwahlrecht angehört. In Berlin arbeitete er als Sekretär des Gemeinde- und Staatsarbeitervereins. Seit ungefähr 18 Jahren war der Genosse Schubert erblindet. In ihm verlor die Partei einen Kämpfer der alten Garde, einen aus der Reihe der Vielen, die jahrzehntelange Arbeit und Hingabe der Sozialdemokratie zur großen Millionenbewegung gemacht haben. Sie wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Zu der Frage der Abfindung der Hohenzollern sei auf das im früheren deutschen Heere gebräuchliche und durch Dienstvorschrift eingeführte „Instruktionsbuch“ hingewiesen, wobei zu bemerken ist, daß Wilhelm von Hohenzollern als seinerzeitiger Landesvater und oberster Kriegsherr auch der oberste oder erste Soldat des Vaterlandes war.

9. Kriegsartikel für das Heer vom 22. September 1902.

Dem Soldaten soll seine Fahne heilig sein. Er darf sie niemals verlassen. Wer die Fahne verläßt oder von ihr fortbleibt, um sich seiner Verpflichtung zum Dienste dauernd zu entziehen, macht sich der Fahnenflucht schuldig. Die Fahnenflucht wird mit den schwersten Freiheits- und Ehrenstrafen, im Felde selbst mit dem Tode bestraft. Schwere Strafe trifft denjenigen, der einen andern zur Fahnenflucht verleitet usw.

Nach diesen, von Wilhelm von Hohenzollern selbst genehmigten und als vorzüglich begünstigten Kriegsartikeln müßte er wissen, was er als Deserteur von seinem Vaterlande zu erwarten hat. Für die Beurteilung seiner Persönlichkeit selbst sei auf den folgenden Kriegsartikel hingewiesen:

10. Kriegsartikel für das Heer vom 22. September 1902.

Die Feigheit ist für den Soldaten besonders schimpflich und entehrend; niemals darf er sich durch Furcht vor persönlicher Gefahr von der Erfüllung seiner Berufspflichten abwendig machen lassen.

Der feige Soldat hat schwere Freiheits- und Ehrenstrafen, im Kriege Zuchthaus oder die Todesstrafe zu erwarten.

Es fragt sich nun, inwieweit diese Kriegsartikel für Berufssozialisten — die ehemaligen deutschen Kaiser sind doch schließlich erbliche Berufssozialisten — Geltung haben. Die Praxis im Felde hat bewiesen, daß tatsächlich nach diesen Kriegsartikeln gehandelt wurde. — Wenn man dies bedenkt, so kann die Abfindung der Hohenzollern nach allgemeinem Rechtsempfinden absolut keine juristischen Schwierigkeiten machen.

Schiedspruch für Niederschlesien.

Soziallagen im Steinkohlenbergbau.

Breslau, 2. Dezember. (BdS.) Die im Lohnkonflikt im niederschlesischen Steinkohlenrevier von Arbeitnehmern seit dem Reichsarbeitsministerium beantragte Verbindlichkeitsklärung, die von diesem am 4. Dezember abgelehnt wurde, ist jetzt durch das Reichsarbeitsministerium erfolgt. Der Schiedspruch hat folgenden Wortlaut: Die für die Monate September und Oktober 1925 auf Grund der Ziffer 2 der Vereinbarung vom 18. Oktober 1925 gezahlte feste Zulage beträgt ab 1. November 1925 im Durchschnitt 15,4 Reichspf. je Mann und Schicht. Diese Zulage ist an jeden einzelnen Arbeiter in dieser Höhe zu zahlen. Diese Regelung gilt bis auf weiteres. Sie kann frühestens zum 28. Februar 1926 gekündigt werden.

Kleines Theater.

„Figuranten“. Komödie von Birabeau.

Selbst dort, wo dieses Stück sehr moralisch ist, duftet es etwas muffig. Denn obwohl dem Himmel jede reuige Sünderin willkommen ist, liegt der Fall bei Fräulein Nanan etwas schwieriger. Damit die Beherrschter ihr die schmerzlichen Schicksale ausliefern, muß sie viel begehrt sein. Es muß scheinen, daß sie in sehr fester Hand ist, und so werden wohl die Bemerkungen sich bogen, um das Recht zu erhalten, Fräulein Nanan mit ihrem verdienten und erschwerenden Geld zu überschütten. Den ganz festen, ganz reichen Liebhaber muß darum ein Figurant spielen, ein Mann, der schon unter durch ist und den Nanan sich mietet. Dieser Figurant muß, wenn die Beute kommen, d. h. die Herren mit dem großen Portemonnaie, bei ihr im Bett liegen. Das Bett steht im zweiten Akt auf der Bühne. Es wird nur Schokolade darin getrunken. Und Nanan spekuliert falsch. Es heißt zwar der Bankier an, der die Gläubiger seines Standes und dessen traditionellen Bau und Jargon hat, aber gerade dieser seltsame Vogel ist ein Lump. Alles, was Nanan in das Kokettengeschäft hineingesteckt hat, geht löten und der vermeintliche Rabob geht durch. Dadurch kommt der Figurant zu seinem Rechte und Nanan zu ihrer großen Liebe. Sie sitzt ja sehr selbst bei den Figuranten des Glucks, die so tun, als ob sie noch immer in Reklar und Ambrosia schwimmen, dann logar, wenn ihnen der engte Hungergürtel schon zu weit wurde. Und Nanan und der Figurant ziehen freudbestrahlend in die Ranfärde. Das ist alles verurteilt. Birabeau will kein wenig weh tun. Doch er läßt seine Moral zusammen. Außerdem sind die Schweinereien, die er mehr in Worten als in Taten bringt, ziemlich platt und nicht am Platz.

Aber Crisla Glühner lächelt, lägt, heuchelt, lübt, schimpft, schmolzt, schäkert durch das ganze Stück. Obwohl es sich in dieser Komödie um gar nichts Lebenswahren, sondern nur um einen Kuffenschwindel handelt, bringt sie doch ihren besonderen Halbweidamentyp dem Herzen des Sittenrichters nahe. Man verzeiht ihr, man reißt sie sogar darum, zu verzeihen. Das wird zum moralischen Vorgang. Aber auch ästhetisch möchte man ihr recht geben. Denn die Ungezogenheiten der Komödiantin, die bald abgeschafft werden müßten, wirken immer noch reizend.

Wie kommt es nun, daß diese französischen Komödientreiber, die sehr skrupellos von Dinosauriern reden, über denen man gern das Maul hält, plötzlich in die Moral abbiegen? Was kommt es, daß Frau Courtois-Rahler jenseits des Rheins ein ganzes Heer von schreibenden und lebenden Anbetern gewinnt? Man braucht nur den heute etwas vorgreifen, aber immer noch sehr stolischen Marcel Prevost nachzulesen, um zu finden, daß diese Lust vor der Frivolität heute in Frankreich moralisch mode ist. Prevost hat eben ein Buch über die jungen Damen nach dem Kriege geschrieben, und er ist der Ansicht, daß die junge Französin heute in köstlicher Weisheit zu erziehen wäre. In den Gedanken dieses Mannes, der immer ein Schweinepel, wenn auch ein melancholischer, war, hat sich eine große Wandlung vollzogen. Er ist der Ansicht, das Stahlbad des Weltkrieges und noch mehr die von ihm geborene Geldinflation müßten die jungen Mädchen, besonders aber auch deren Mütter, zu einer besseren Moral zurückführen. Der einst fröhliche Prevost will

Aufführung Paul Joch. Das Neue Schauspielhaus in Königsberg i. Pr. brachte zum ersten Male „Erde“, die vier Stappen eines Dramas zwischen Rhein und Ruhr, von Paul Joch. Der Dichter, dessen Name, gemeinhil, in dunklen Tüfen schürfend, formvollendet, noch immer Vorbild der Jüngsten ist, dessen Prosa gerade mit den letzten Veröffentlichungen eine Höhe und Weite erreicht, die an Gottfried Keller gemahnt, erwies sich auch als ein sicherer Beherrscher der Bühne. Die streng zusammenhängende, acht künstlerisch das Wesentliche erzielende Sprachmeisterhaft Jochs zeigte ihre Kraft auch im Dramatischen und zwang noch den letzten Darsteller zu lauchlich ehrlichem Bekenntnis; erband die sichere Spiel-führung des Intendanten Dr. Fritz Jechner, der mit seiner vorreiferlich abgestimmten Spielkraft Erstaunliches leistete. Genußvoll vorragend war der erste Akt, der eine vollkommene Illusion der Rahmende und der Arbeit im Stollen und einer Bergweiserfatastrophe vermittelte. Hier gestirnt die Konflikte im Leben der Bergarbeiter, die durch den Einbruch der Franzosen erst dann sich scharf zuipfen, als Wiltür, Separatistenpläne, und das Unglück, das unmittelbar von der Befragung verschuldet ist, die Gemüter in Bewegung bringen. Der starke zweite Akt hielt die Zuschauer in atemlosen Bann, der sich bei den beiden nächsten, die dramatisch noch bunter glänzten, in lebhaftem Beifall entlud. Zum Schluß gibt der Dichter ein echtes, tiefes Bekenntnis seiner Art; im Ausglücken tiefer Qualen, in der Veranschaulichung aufwühlender Erlebnisse steigert er den Ruhrtampf und die Separatistenbestrebungen zum ewigen Gleichnis und geminnt daraus die große Gerechtigkeit für jede Kreatur und den erschütterndsten Ruf zur Humanität, zur Charitas, zur Menschenliebe. R. B.

Der Clara-Krausche Frauenchor, so selten er auch in die Öffentlichkeit tritt, hat einen Ruf zu verteidigen. Doch auch der Abend in der Musikschule bewies die schönen künstlerischen Bestrebungen und Leistungen des Chores und seiner Dirigentin. Clara Krause versteht es, das durchaus nicht gleichwertige Stimmaterial des Chores zusammenzufassen und stets einheitlichen, kultivierten Klang zu bieten. Als störend empfand man allerdings teilweise eine Neigung der Dirigentin, die Tempi zu verschleppen, die namentlich in den A-cappella-Chören des Abends unangenehm hervortrat. Als Erstaufführung bot das Programm drei jehststimmige Frauenchöre mit Orchesterbegleitung von Fritz Lissauer zu Texten von Eichendorff und Brentano, nicht eben starke, aber recht geschmackvolle Kompositionen, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Eine Vertonung von Rilkes „Bilder der Mädchen“ für vierstimmigen Frauenchor und Kammerorchester von Edward Moritz hörte man ebenfalls als Erstaufführung, ohne sich aber für das reichlich blutleere Werk erwärmen zu können. Als Solist des Abends spielte Prof. Kurt Schubert Anjorges A-Dur-Sonate und Bizets „Venezia e Napoli“. Tes.

Eine Abung durch die Kussung W. H. H. und Anarat im Gelunde tehaus, Am Urban 10/11, findet am 11. nach 8 Uhr, für die Grotz-Terliner Lehrerschaft durch den Reichstagswart Dr. Redlich statt. In einem Lichtbildeportra wird Dr. Redlich den Zusammenhang zwischen Volkswirtschaft und Kunstherziehung im Beruf- und Zeichenunterricht aufzeigen.

Junge Dichter vor die Front! Montag, der 14., 8 Uhr, Landeshaus, Rathhausstr. 20/22, 5. Abend: Eduard Reineker, Walter und Sprecher: Dr. Erig Drac, Suttit Isidor.

Gewerkschaftsbewegung

Metalldarbeiter, wacht auf!

Es gibt wohl kaum eine zweite Arbeiterschicht, die bei schwerer, schmutziger Arbeit derart schlecht entlohnt wird, wie die Hilfs- und Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie. Rot und Entbehrung, alle Leiden der Inflationsjahre sind bei den Metalldarbeitern auch in den Jahren der „Stabilisierung“ in verstärktem Maße vorhanden. Der Unternehmer betrachtet die Arbeit des Hilfsarbeiters als „unproduktiv“ und sucht die Löhne äußerst niedrig zu halten. Bewußt sucht er die Lohnspanne zwischen gelerntem und ungelerntem Arbeiter zu vergrößern. Was verdient heute ein Metalldarbeiter laut Tarif? Nach dem letzten Schiedsspruch soll ein Einstellungslohn von 64 Pf. pro Stunde gezahlt werden; das macht bei 48stündiger Arbeitszeit 30,72 M.; von denen noch circa 3 M. in Abzug abgehen, so daß mit einem Lohn von circa 27 M. ein Hilfsarbeiter sich und seine Familie ernähren muß.

Nur durch den geschlossenen gewerkschaftlichen Kampf werden die Hilfsarbeiter sich bessere Löhne erkämpfen können; in dieser Frage sind sie jedoch noch sehr weit zurück. Der größte Teil ist gleichgültig gegenüber ihrer eigenen und der Lage der Arbeiterklasse. Es befindet sich hier die alte gewerkschaftliche Erfahrung, je schlechter die wirtschaftliche Lage einer Arbeitergruppe, desto schwächer ist es, diese gewerkschaftlich zu erfassen. So finden vielfach aus eigener Kraft die Hilfs- und Transportarbeiter nicht den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation.

Hier muß die Hilfe der gelernten und angelernten Gruppen einfließen. Im Funktionärkörper jedes Betriebes muß ein Kollege bestimmt werden, der regelmäßig die Hilfsarbeiter alle vier Wochen zusammenruft und den gewerkschaftlichen Gedanken mit Hilfe von Kollegen aus der Branche der Hilfsarbeiter im Deutschen Metallarbeiterverband propagiert, bis sich ein Kollege aus den Reihen der Hilfsarbeiter selbst bereit findet, als Funktionär zu arbeiten.

In den Werkstätten und Betriebsversammlungen muß immer wieder darauf hingewirkt werden, daß die Hilfsarbeiter nicht als Kollegen 2. Klasse betrachtet werden, sondern daß ihre Arbeit gesellschaftlich ebenso notwendig und wertvoll ist, wie die Arbeit jedes im Betriebe Beschäftigten. Wo geeignete Kräfte unter den Hilfsarbeitern vorhanden sind, müssen diese auch als Betriebsräte zur Mitarbeit herangezogen werden. Bei solcher Zusammenarbeit wird die Organisation der Hilfs- und Transportarbeiter schneller vorwärtstreiben.

Vor allem aber: Metalldarbeiter und Transportarbeiter, aufgewacht! Hincin in den Deutschen Metallarbeiterverband!

Um einen Lohnstarif in den Armaturenbetrieben.

Der Schlichtungsausschuss ver sagt.

Die Funktionäre der Gas- und Wasserarmaturenbetriebe hatten nach dem Streik bei der Firma Weichbrodt u. Friedrich das Metallarbeiterverbot beauftragt, mit dem B.M.A. in Verhandlungen zu treten über den Abschluß eines Lohnstarifs für diese Gruppe. Da in freien Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Trotzdem der Schlichtungsausschuss feststellte, daß eine einseitige Tarifsetzung der Löhne durch den B.M.A. für die einzelnen Gruppen bestünde und die festgesetzten Höchstlöhne ohne Genehmigung des B.M.A. nicht überschritten werden dürften, konnte er sich zur Abgabe eines Schiedsspruches nicht entschließen. In der Begründung des Beschlusses heißt es u. a.: „So wünschenswert es im Interesse des sozialen Ausgleichs auch wäre, die vom Arbeitgeberverband einseitig vorgenommene Tarifierung der Löhne durch einen Tarifvertrag zu ersetzen, an dem das Metallarbeiterverbot als maßgebende Organisation der Arbeiterklasse beteiligt ist, erscheint die Vertragshilfe einer Schlichtungsinstanz bei der wirtschaftlichen Struktur und den organisatorischen Verhältnissen der Metallindustrie nicht nur aussichtslos, sondern die tarifliche Regelung der Löhne nur für eine Gruppe gefordert wird, sondern ein dahingehender Schiedsspruch könnte leicht die Veranlassung zu ernstlichen Konflikten sein.“

In einer Versammlung der in den Armaturenbetrieben Beschäftigten am Dienstag in Döhrings Feststätten berichtete Bredow vom Metallarbeiterverband über dieses Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen. Er erklärte, daß die Schlichtungsbehörden es nicht wagen, gegen den allgewaltigen B.M.A. einen im Interesse der Arbeiterschicht stehenden Schiedsspruch zu fällen. Es zeigt sich immer wieder, daß der Schlichtungsausschuss niemals die mangelnde Stärke der Organisation erreichen könne. Es müsse deshalb in den Betrieben die regste Agitation für die Organisation entfaltet werden, um es der Organisation möglich zu machen, in allernächster Zeit mit allen gewerkschaftlichen Mitteln eine tarifliche Regelung der Löhne durchzusetzen. Sämtliche Diskussionsredner versprachen, im Sinne des Referenten zu wirken und die vorhandenen Lücken in der Organisation aufzufüllen.

Das englisch-russische Einheitskomitee.

Die „rote Fahne“ weiß heute zwar allerlei gegen den I.O.B. zu erzählen, sie schimpft allein eine ganze Spalte voll auf „Duden und Kompanie“, doch über die in Berlin stattfindenden Verhandlungen des „englisch-russischen Gewerkschafts-Einheitskomitees“ kann sie einstweilen nur berichten, daß am Schlusse der Tagung, der wahrcheinlich heute schon eintritt, werde ein gemeinsam angefertigter Bericht veröffentlicht werden soll.

An der Sitzung, die Dienstag früh begann, hätten sich auch Vertreter skandinavischer Gewerkschaften beteiligt.

Die „tiefgedend“ und „aufrichtig“ überdes der Einheits- und Verhandlungswille bei den Bolschewisten ist, erhellt ohne weiteres aus der von jener Seite nicht weiter verwunderlichen, nichtsdestoweniger ungemein niederträchtigen Behauptung:

„Die rechten Anführer handeln bei ihrer Einheitsabotage ganz offen im Auftrage der internationalen und vor allem der englischen Bourgeoisie.“

Eine Sache, die mit solch schmutzigen Mitteln verfolgt wird, kann nicht sauber sein. Und wenn die professionellen Spalter der Gewerkschaftseinheit, „Dudengeist und seine Gefinnungsgenossen“ die Absicht einer Spaltung des internationalen Gewerkschaftsbundes unterstellen, so verfehlt auch diese „List“ ihre Wirkung, samt der Drohung, der Schuß könne leicht nach hinten losgehen. Geht es nach den Wünschen der Moskauer Einheitsfrontspalter, deren Verwirklichung mit der Gründung der russischen „Roten Gewerkschafts-internationale“ eingeleitet wurde, dann kann nichts anderes als Spaltung dabei herauskommen. Denn das und nichts anderes ist der Zweck der bolschewistischen Uebung.

Das „aufreizende hämische Lächeln“.

Der Prokurist der Buchhandlungsfirma Hermann Bahr sagte im Gespräch mit einem Angestellten der Firma: „Tarifverträge sind Unsinn.“ Ein Zeuge dieses Gesprächs, der Buchhandlungsgeselle M. beantwortete die wegwerfende Bemerkung des Prokuristen mit einem launigen Lächeln. Das brachte den Prokuristen so in Wut, daß er ausrief: „Da lachst du dieser Laune schon wieder.“ M. wandte sich beschwerdeführend an den Chef der Firma und verlangte, daß er den Prokuristen veranlasse, die Beschimpfung zurückzunehmen. Der Chef sprach zwar sein Bedauern über das Auftreten des Prokuristen aus, ersuchte ihn auch, die gegen M. ausgesprochene Beleidigung zurückzunehmen, aber der Prokurist erklärte kategorisch, er nehme nichts zurück. M., der hiernach annahm, daß er bei dem Chef keinen genügenden Schutz vor Beleidigungen durch den Prokuristen fände, gab seine Stellung sofort auf und überreichte dem Chef am folgenden Tage ein Schreiben des Zentralverbandes der Angestellten, worin Gehaltszahlung an M. bis zum Quartalschluß gefordert wird, unter Bezugung auf § 71 des Handelsgesetzbuches, welcher sagt, daß der Gehilfe das Arbeitsverhältnis fristlos lösen darf, wenn sich der Prinzipal weigert, den Gehilfen gegen erhebliche Rechtsverletzungen durch andere Angestellte zu schützen.

In einem Antwortschreiben an M. erklärt der Chef, Dr. Bahr, der auch zweiter Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes im Buchhandel ist, das Schreiben des Zentralverbandes sei ihm völlig gleichgültig und reißt für den Prokuristen und M. er sagt, er habe ja erklärt, daß er die Beleidigung bedauere und fährt dann fort: „Gleichgültig aber hatte ich Sie darauf aufmerksam gemacht, daß Sie mir durch Ihr aufreizendes, hämisches Lächeln wiederholt aufgefalle sind, und daß ich nur hoffen konnte, daß dieses herausfordernde Lächeln Ihnen gar nicht in der Mehrzahl der Fälle zum Bewußtsein kommt. Ihre Verbesserung, daß Herr S. persönlich Abbitte leisten soll, nachdem ich mein Bedauern ausgedrückt habe, kann nur den Zweck haben, Ihren Vorstellungen, den Sie herausgefordert haben, ein auszuweichen.“

Begreiflicherweise wurde M. durch dieses Schreiben in seiner Auffassung, er finde beim Chef keinen Schutz vor Beleidigungen durch den Prokuristen, bestärkt, denn in dem Schriftstück rechtfertigt ja Dr. Bahr den Beleidiger und erteilt dem Beleidigten einen Verweis wegen seines „aufreizenden, hämischen Lächelns“.

M. klagte nun beim Kaufmannsgericht auf Zahlung seines Gehalts bis Ende Dezember, er wurde aber mit seiner Klage abgewiesen, was der Vorsitzende, Magistratsrat Herrmann, so begründete: Der Beklagte hat in Gegenwart des Klägers den Prokuristen aufgefordert, die Beleidigung zurückzunehmen. Dadurch hat der Beklagte zum Ausdruck gebracht, daß er mit der Beleidigung nicht einverstanden war, er hat also dem Kläger den Schutz vor Beleidigungen durch einen anderen Angestellten nicht verweigert. Der Kläger war deshalb nicht berechtigt, das Arbeitsverhältnis fristlos aufzugeben.

Die Arbeiter werden „beurlaubt“.

Stilllegung bei Rheinstahl.

Duisburg, 9. Dezember. (W.Z.) Das Werk III in Duisburg-Hochfeld der Rheinischen Stahlwerke ist wegen Auftragsmangels stillgelegt worden. Die Stilllegung geht vorläufig bis zum 4. Januar. Dann soll der Betrieb beschränkt wieder aufgenommen werden. Doch hängt auch dies noch von der Entwicklung der nächsten Wochen, vor allen Dingen aber von den Auftragsengpässen ab. Alle Arbeiter des Werkes, von denen einen großen Teile schon am 1. Dezember zum 14. Dezember gekündigt worden war, sind bis zum 4. Januar vorläufig beurlaubt und der Erwerbslosenfürsorge überwiefen worden. In dem Werke wurden jetzt nur noch Reparaturarbeiten ausgeführt.

Betriebseinschränkungen bei Lang in Mannheim.

Mannheim, 9. Dezember. (W.Z.) Bei der Firma Heinrich Lang, Mannheim, sind etwa 1000 Arbeiter bis zum 4. Januar beurlaubt worden. Nach einer Mitteilung der Direktion des Werkes handelt es sich um Leute, die bisher schon wechselweise von 14 Tagen zu 14 Tagen beurlaubt waren. Nach der Wiedereinstellung der Arbeiter, die auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Direktion und dem Arbeiterrat beurlaubt wurden, soll ein anderer Turnus Platz greifen.

Ähnliche Beurlaubungen sind, wie die „Neue Mannheimer Zeitung“ berichtet, auch bei anderen Firmen des Mannheimer Industriebezirks erfolgt.

Lohnruhe in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Auf Grund der Kündigung des Lohnabkommens in der Schwarzwälder Uhrenindustrie durch den Arbeitgeberverband ab 1. Januar 1926, der einen Abbau der Löhne

durchzuführen beabsichtigt, fanden gestern hier Lohnverhandlungen statt, die zu keinem Ergebnis führten, da die Gewerkschaften, wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, lediglich in eine Verlängerung des derzeitigen Lohnabkommens einwilligten. In einer Erklärung teilt der Arbeitgeberverband, der beabsichtigt, zum 1. Januar 1926 auf das letzte Lohnabkommen vom März 1925 zurückzugreifen, mit, er wolle die Affordlöshne um etwa sechs Proz. und die Stundenlöhne in der Spitze um sechs Pfennig „ermäßigen“. Voraussetzung dieser Maßnahme sei keine weitere Verschlechterung der Lage. Die Verkaufspreise der Uhren seien bereits herabgesetzt und würden zum Teil weiter ermäßigt.

Auch in Ostpreußen Arbeitslosigkeit.

In der Provinz Ostpreußen ist die Zahl der arbeitsuchenden Personen bis zum 2. Dezember insgesamt auf 27000 gestiegen. Um die gleiche Zeit im Vorjahr wurden 12000 Erwerbslose verzeichnet. Die Zahl der unterstühten Erwerbslosen wird jetzt auf fast 15000 beziffert.

Bewegung der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im belgischen Bergbau steht ein großer Kampf bevor, falls die Unternehmer weiterhin auf die von ihnen beantragte Lohnkürzung von 5 Proz. bestehen. Alle bisherigen Verhandlungen über den Streikfall verliefen vorläufig ohne Ergebnis. Der Vorsitzende des belgischen Bergarbeiterverbandes interpellierte deshalb am Dienstag in der Kammer beim Arbeitsminister und bat ihn, in den Konflikt eingzugreifen. Wouters versprach, dem nachzukommen, wobei er die Mäßigung und Solidarität der Bergarbeiter lobte. Er erklärte, daß von der Regierung bereits wichtige Schutzmaßnahmen für den Bergbau getroffen seien, eine Lösung aber erst durch internationale Regelung, durch ein wirtschaftliches Locarno, möglich wäre.

Die Geschäftsstelle des Bezirks I des Deutschen Werkmesserverbandes in Berlin C 2, Steinerstr. 36, nach: Berlin W 2, Aufhäuserstraße 111, verlegt worden. Telefonamt: Amt Rottenhof 254-44. Derzeitiger Vorsitzender: Arbeiterverband, Hilfs Berlin. Freies, den 11. Dezember, nachmittags 12 Uhr, in den Räumen unseres Verbandes, Seebahnstraße 37-39, auf partizip. Arbeitlosenversammlung. 1. Warum ist die Arbeitlosigkeit so groß? Woher kommt die Not der Arbeitlosen? 2. Wie erhalten sich die arbeitlosen Kollegen und Kolleginnen ihre Mittelbedürfnisse in der Notlage? Es wird erwartet, daß alle arbeitlosen Kollegen und Kolleginnen auf diese Versammlung aufmerksam gemacht werden. Mittelbedürfnisse und Arbeitslosenfrage gelten als Tagesordnung. Der Vorsitzende unseres Verbandes, welche mit ihren Beiträgen nicht über 4 Wochen im Rückstand sind, haben Zutritt! Die Mittelbedürfnisse. 1. u. 2. B. Brömmel. Der Zentralverband der Metallarbeiter und Feiler veranlaßt in der „Monat“ Berlin, Landwehrstr. 44/46, einen Kursus für Stahlromantiker. Der Kursus dauert 20 Stunden und am 10. und 11. Dezember von 9 bis 10 Uhr abends. Da noch einige Plätze frei sind, können auch Kollegen anderer Organisationen an diesem Kursus teilnehmen. Der Preis für den 20stündigen Kursus beträgt 4 M. für jeden Teilnehmer. Stichnamen nimmt entgegen die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Metallarbeiter und Feiler, Berlin, Engelstr. 24/25.

Wirtschaft

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften im November. Nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften waren am 1. Dezember 1925 vorhanden: 105 Zentralgenossenschaften, 20855 Spar- und Darlehnskassen, 4821 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 3726 Molkereigenossenschaften, 10642 sonstige Genossenschaften, zusammen: 40149 landwirtschaftliche Genossenschaften. — Gegenüber dem Stande vom 1. November 1925 ergibt sich ein Zugang von 13 landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Gesamtzahl der Neugründungen im November beläuft sich auf 115, während sich die Zahl der Abgänge auf 102 beziffert. Die Kreditgenossenschaften weisen wiederum eine effektive Zunahme auf, da 36 Zugängen nur 20 Abgänge gegenüberstehen. Ebenso ist die Zahl der Molkereigenossenschaften stark gestiegen, da bei diesen Genossenschaften Zugänge in Höhe von 20 Genossenschaften Abgänge nur in Höhe von 6 Genossenschaften zu verzeichnen sind. Eine effektive Verringerung ergibt sich bei den Bezugs- und Absatzgenossenschaften (15 Abgänge, 12 Zugänge) und bei den sonstigen Genossenschaften (61 Abgänge, 46 Zugänge). Von Neugründungen sind besonders zu erwähnen: 28 Elektrizitäts-, Licht- und Wassingenossenschaften, 7 Dreifachgenossenschaften, je 2 Winzer- und Zuchtgenossenschaften und je 1 Buchführungs-, Karriereförderungs-, Mühlen-, Obstverwertungs-, Viehverwertungs- und Malzgenossenschaft.

Die deutsch-französischen Kohlenverhandlungen. Zwischen Deutschland und Frankreich werden zurzeit Kohlenverhandlungen geführt; es handelt sich um zwei getrennte Fragen. Einmal um die Festsetzung der Reparationskohlenlieferungen und andererseits um die freien Kohlenlieferungen. In der Frage der Reparationskohlen sind es hauptsächlich Formalien, die zur Beipredung kommen, so die Sortenfrage, Mengen- und Preisfrage. Die Verhandlungen sind insofern bedeutend erleichtert, als die früher recht schwierige Frage der Sorten, man erinnert sich an die damaligen Streitigkeiten über die Koksarten, bei den großen Halbenbeständen auf deutscher Seite gegenstandslos geworden ist. Auf Wünsche der französischen Industrie hin hat man sich auf französischer Seite entschlossen, wieder eine Mehrereinfuhr von Reparationskohlen zu gestatten. Allerdings leiden die Preise stark unter der englischen Konkurrenz, die durch staatliche Subsidien zeitweise bis 3 M. die Tonne unterstüht wird. Die Vereinbarungen für die freie Kohleneinfuhr in Verbindung mit der Jontenfrage werden voraussichtlich Gegenstand von Verhandlungen im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages werden.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Victor Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: F. Steiner; Kunststoffe: K. S. Pöcher; Lokales und Kontinente: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glöck; Künstlich in Berlin. Berlin: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eintrachtsstr. 1

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filla Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plätsburg 9531
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen — Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen — Preiswerte, gediegene Arbeit

Frische, junge Fettsäure
Gänse (1,20 bis 1,30) in ganz besonderer schöner, erstklassiger deutscher Ware.
Wegwer, Berlin 50, Mariannenstr. 34.

Straußenfedern
jeder Art
Lieferer: Paul Gellots,
vormals Robert Bayer,
Mariannenstr. 3, 50
Eint. Westfäl. 1148

Mark Wochen
Krone 55
Messing

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Kleinstmengen in allen Verleiern — herrliche Muster
Tapeten für Puppenstuben — Linoleum u. Fußmatten

Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Etage, kein Laden
(Ringstr.) daher (sonst) 1/2 bis 1/3 billiger
Vorzugspreis erhält 5% Rabatt.

Ischias
wird, meist
auf dem
hinf. beweglich
in 3 Tagen
ohne alle heftig werden. Das ist ein
heiliges und wertvolles. Ärztlich empfohlen.
Lindendamm 196, 8-11, 1-4, 10-11, 15-12, 16-17

HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt

Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Krie. erverreinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Sie kugeln sich
vor Lachen

bet der Lektüre des
Republikanischen Witzblattes

LACHEN LINKS

Das schnellste politische
Witzblatt, in künstlerisch hochwertiger
Ausführung

Jede Nummer kostet 20 Pf.
Es beziehen durch:
die Botenfrauen des Vorwärts

pelzhaus
Le palzer Str. 58
verkauft
Pelzmäntel,
Pelzjacken,
Schals, Füchse, Wölfe
auf Teilzahlung!

BAUM & Co.
Neue Schönhauserstraße 77

Bären-Stiefel
halfbarster
Qualitätsstiefel
für
Strasse und Sport
nur bei
H. Bähr, Futter-
markt 7

Adolf Hoffmann
Episoden und
Zwischenrufe
aus der Parlaments- und
Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Vorko 5 Pfennig
Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.

Besonders wirksam sind die
Kleinen Anzeigen
in der Gesamt-Anlage
des Vorwärts und trotzdem
billig!